Spanien

ESTHER BARBÉ

Die Monate zwischen dem Europäischen Rat in Brüssel (Mai 1998) und dem Ratstreffen in Berlin (März 1999) sind für die Analyse der spanischen Europapolitik sehr wichtig. Beim ersten Ratstreffen wurden die Teilnehmer der letzten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) festgelegt. Das Treffen in Berlin diente dazu, den wirtschaftlichen Rahmen der Europäischen Union zwischen 2000 und 2006 festzulegen. Nachdem feststand, daß Spanien an der dritten Stufe der WWU teilnehmen würde, sah sich der konservative spanische Ministerpräsident José Maria Aznar zum ersten Mal damit konfrontiert zur Zukunft Europas aktiv politisch Stellung zu beziehen. Damit wurde die wirtschaftliche Dimension der Agenda 2000 für die konservative Regierung im Rahmen der Union zur „Tour de Force". Die Debatte zwischen den spanischen Parteien über die Regierungspolitik in Bezug auf die genannten Verhandlungen hat ein wichtiges Thema betont: Die Schwierigkeit Aznars, einen inhaltlichen Kontext für seine Idee zu finden. Mit dieser Idee entwickelt er eine Änderung der spanischen Haltung gegenüber der früheren Position der sozialistischen Regierung in Sachen Europapolitik

Das „Bettelsyndrom"

Die Teilnahme Spaniens an der WWU wurde im spanischen Parlament als eine historische Wendung für das Land präsentiert. Aznar betonte: „Es ist das erste Mal, daß wir in einem laufenden Projekt aktiv mitwirken, anstatt nur passiv den Entwicklungen zu folgen".[1] Spaniens erfolgreicher Beitritt zur Währungsunion, rief jedoch auch innenpolitische Kritik hervor. Der Regierung wurde Selbstbefriedigung und Monopolisierung des Erfolges vorgeworfen und die sozialistische Opposition rügte die Ideenlosigkeit der konservativen Regierung bezüglich der europäischen Architektur: „Die Regierung hat in zahlreichen Verhandlungen den Eindruck erweckt, nach einem europäischen Modell zu streben, in dem man immer gewinnen muß, wobei stets ein sofortiges positives Ergebnis zu erzielen sei. Dies wurde von manchen als Politik des reinen Nettoempfanges bezeichnet".[2] Damit wurde für die Sozialisten das Prinzip der reinen Nutznießung in der Europapolitik von Aznar deutlich. Begriffe wie „Nullsummenspiel", von dem Sozialisten Josep Borrell[3] ins Spiel gebracht, oder wie die von Aznar selbst gebrauchte Wendung „Gewinnoptimierung"[4], haben damit die Verhandlungsstrategie Spaniens in Bezug auf Europa definiert.

Die sozialistische Partei nahm die Verhandlungen über die Agenda 2000 zum Anlaß, um ebenfalls nationale Interessen zu wahren. Aznar wurde aus den sozialistischen Reihen aufgefordert die Verhandlungen über die Agenda ähnlich erfolgreich zu führen, wie seinerzeit Felipe Gonzáles beim Europäischen Rat von Edinburgh 1992 als über den Kohäsionsfonds entschieden wurde. Spanien erhielt zwischen 1994 und 1999 55% der Mittel aus diesem Fonds. Für Aznar ist die Aufrechterhaltung dieser Ansprüche Spaniens zu einem innenpolitischen Problem geworden, besonders wenn man bedenkt, daß er selbst Felipe Gonzáles bei den Verhandlungen 1992 in Edinburgh als „Bettler" bezeichnet hatte. Das Ergebnis der Verhandlung über den Kohäsionsfonds erhielt in der spanischen politischen Debatte somit einen symbolischen Charakter.

Die sozialistische Partei beschuldigte die Regierung, daß diese den Kohäsionsfonds benutze, um steuerliche Anstrengungen auf nationaler Ebene zu kompensieren.[5] Die maximalistische Haltung Spaniens wurde sichtbar in der verbal mehrfach geäußerten Bereitschaft der spanischen Administration, die Reform der EU zu blockieren. In den Wochen nach dem Europäischen Rat in Pörtschach im Oktober 1998 demonstrierten der Außenminister Abel Matutes und der Wirtschaftsminister Rodrigo Rato die Bereitschaft Spaniens, die Finanzierungsreform zu blockieren. Der Staatssekretär für Außenpolitik deutete sogar an, Spanien könnte den Binnenmarkt in Unordnung bringen, falls der Kohäsionsfonds verschwinde.[6] Auch José Maria Aznar prophezeite auf hochtrabende Art und Weise das Ende der EU, falls die Kohäsionsfonds in Frage gestellt würden.[7]

Die besonders von Deutschland dominierte Politik der Nettozahler verstärkte die maximalistische Haltung der spanischen Regierung, die im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1998 zahlreiche Argumente sammelte, um nach dem Europäischen Rat in Wien ihre Verhandlungspolitik gestärkt fortzusetzen. Bei dem Ratstreffen in Wien und insbesondere bei den außerordentlichen Treffen während der deutschen Präsidentschaft auf dem Petersberg, in Bonn und in Berlin (Februar und März 1999) basierte die spanische Strategie auf juristischen Prinzipien, die mit politischen Elementen kombiniert wurden. Zentraler Punkt der spanischen Position war und ist, in der Kontinuität der früheren sozialistischen Regierung, das Solidaritätsprinzip. Diese Haltung kommt immer dann zum Ausdruck, wenn José Maria Aznar die Kohäsion einfordert. Er stützt sich dabei auf den EU-Vertrag und das zusätzliche Kohäsionsprotokoll. Dieses Vertragswerk lehnt die Re-Nationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab, und fordert eine Definition für die Einkünfte der Gemeinschaft auf der Basis des relativen Wohlstandes der Ländern. In diesem letzteren Zusammenhang ersucht Spanien eine Revision der Kriterien und fordert, daß das Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Mehrwertsteuer ersetzen soll. Dies könnte die Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien erleichtern, da diese Politik sich gegen Ländern wie Italien und Dänemark richtet, deren Beiträge zur Gemeinschaft niedriger sind als der gemeinschaftliche BIP-Beitrag ausfällt. Spanien dagegen trägt mit 6,6% des BIP zu 7,1% des Haushaltes bei.[8]

Die politischen Elemente der Verhandlungen haben die anfängliche Fortschrittsfeindlichkeit der spanischen Position durchbrochen. In Sachen Ausgabenver-

minderung ist Spanien bereit, Kürzungen im Agrarbereich hinzunehmen. Schließlich stellte Spanien Gegenleistungen für Nettozahler auf. Spanien schlug bei dem Gipfeltreffen auf dem Petersberg die Schaffung neuer Fonds für solche Länder vor, die eine hohe Zahl an Asylanten aus Osteuropa beherbergen oder für solche Länder, die an zukünftige EU-Beitrittsländer angrenzen. Dies würde Deutschland und in geringem Maße auch Österreich begünstigen. Diese Idee war bereits während der österreichischen Präsidentschaft angesprochen worden, zusammen mit der Option einer neuen Verteilung der Asylanten auf die 15 Länder. Letzterer Gesichtspunkt wurde von Spanien jedoch zurückgewiesen.[9]

Die „Schlacht" von Berlin

Der Europäische Rat in Berlin wurde zu einer „Schlacht", bei der sich die deutsche Präsidentschaft bemühte, Kürzungen für die Ausgaben in der Periode 2000-2006 zu erzielen. Da die deutsche Präsidentschaft das Thema der Kohäsionsfonds auf die letzte Stelle verwiesen hatte, stand Spanien vor einer schwierigen Situtation. Der Abschluß der Verhandlungen wurde zu einer Auseinandersetzung „von Angesicht zu Angesicht" zwischen der deutschen und der spanischen Delegation. Obwohl Aznar die Verantwortung für das etwaige Scheitern der wirtschaftlichen Reform zugeschoben worden wäre, gab er nicht nach. Nach nächtlichen Verhandlungen akzeptierte der spanische Ministerpräsiden schließlich ein Abkommen. Dieses erhöhte den Beitrag Spaniens für die Kohäsionsfonds in den nächsten sieben Jahren von 15.000 Mio. Euro auf 18.000 Mio. Mit dieser Zahl und der Zusage, daß Spanien 62% dieses Fonds anstatt wie bislang 55% zurück bekäme, nahm Aznar das Angebot an. Er konnte der Presse damit ein Ergebnis präsentieren, das die Resultate des Europäischen Rates in Edinburgh übertraf. Die konservative Regierung erreichte einen symbolischen innenpolitischen Sieg, nicht zuletzt weil die Direktbeihilfen für Bauern beibehalten wurden.

Die Kritik der Verhandlungspolitik von Ministerpräsident Aznar in Berlin konzentrierte sich auf zwei Punkte:

1. Berlin hat Bedingungen für die Begünstigten der Kohäsionsfonds auferlegt, wonach auch Spanien das Stabilitätsprogramm bezüglich der Reduzierung des Haushaltsdefizites einhalten muß;
2. die Höhe der Ausgaben der Strukturfonds während der Periode 2000-2006 werden nicht an die Inflation angepaßt. Dies stellt gegenüber der früheren Strukturpolitik ein Novum dar, mit dem Spanien bei der Einschätzung der Verhandlungen über die Agenda 2000 nicht gerechnet hatte.

Kritiker mißbilligten zudem Aznars Härte, seinen drohenden Stil und das billige Instrument der Blockade. Als nachhaltiger Mangel wurde das Fehlen stabiler Allianzen innerhalb der Gemeinschaft bewertet. Gegenüber der Ära „Mitterrand-Kohl-Gonzáles" machten die Verhandlungen über die Agenda 2000 das Fehlen geeigneter Bündnispartner für Spaniens Politik evident. In diesem Sinne erklärte der Außenminister vor dem Parlament: „Wir sollten vorbereitet sein, daß wir am Ende diese Schlacht alleine schlagen."[10]

Eine Analyse der bilateralen Beziehungen während der Verhandlungen kann diese oben genannten Gedanken veranschaulichen. Die Beziehung Spanien-Deutschland konnte man als „Nord-Süd Kampf" bezeichnen. Wie im Falle Österreichs beschuldigte Spanien Deutschland, seine Präsidentschaft unkorrekt auszuüben.[11] Der einzige Berührungspunkt zwischen beiden Ländern war der Vorschlag Spaniens, einen neuen Fonds für Länder mit großen Migrationsraten aus dem Osten und für die Nachbarländer der zukünftigen EU-Beitrittsländer zu gründen. Die übereilte Entscheidung Bundeskanzler Gerhard Schröders, schon am Anfang des Gipfels Romano Prodi zum zukünftigen Präsidenten der Europäischen Kommission zu ernennen, überraschte Aznar – im Gegensatz zu den Regierungschefs der anderen Mitgliedstaaten – in großem Maße. Er hatte beabsichtigt, dieses Thema erst nach dem Zustandekommen der wirtschaftlichen Abkommen anzusprechen, war offensichtlich von Schröder vorab nicht zu Rate gezogen worden und fühlte sich entsprechend übergangen.[12]

Auch das spanisch-französische Verhältnis ist gespannt. Ein wesentlicher Grund dafür ist zweifelsohne die unterschiedliche Haltung von José Maria Aznar und Lionel Jospin bezüglich der Arbeitsmarktpolitik. Obwohl Spanien und Frankreich ein gemeinsames Interesse hatten, was die Vermeidung einer Re-Nationalisierung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik betraf, wurde dieses Thema auf einer „französisch-deutschen Schiene" behandelt und ohne jegliche spanische Teilnahme entschieden. Die Entscheidungsbasis war wenig vorteilhaft für die spanische Agrarwirtschaft, die weniger wettbewerbsfähig ist als die französische.

Die Beziehung Spaniens zur Kommission war von Anfang an durch die spanische Ablehnung der Agenda 2000 belastet. Obwohl Spanien seine Haltung später revidierte, behielt Aznar einen sehr harten Ton gegenüber der Kommission bei. Er beschuldigte sie, ihre Hüterfunktion zu verletzen, wenn sie solchen Vorschlägen wie denen der deutschen und österreichischen Präsidentschaft zustimme.[13] Obgleich Spanien in manchen Situationen mit der italienischen Unterstützung rechnen konnte, konnte das Land keine Zustimmung für seine Forderung erlangen, den finanziellen Beitrag der Länder nach dem BIP und nicht entsprechend der Höhe der Mehrwertsteuer auszurichten.

Bilaterale Kooperation mit Großbritannien

Bezüglich der bilateralen Kontakte im Rahmen der Union hat Aznar seine besondere Beziehung zu Tony Blair hervorgehoben. Beide Regierungschefs hatten versucht, der Beziehung durch einige informelle Zusammentreffen mit allen Familienmitgliedern einen symbolischen Charakter zu geben. Diese Treffen haben dazu beigetragen, daß beide Länder eine gemeinsame Strategie gegenüber der Union in Sachen Arbeitsmarktpolitik vertreten. Die Basis der spanisch-britischen Achse sind neben diesen Treffen auch die „Hispano-Britischen" Seminare über Arbeitspolitik (in Sevilla, November 1998 und in Oxford, 1999) gewesen, sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe auf Ministerebene, um die Reform der Kapital- und Konsumgütermärkte zu analysieren. Diese Kooperation hinderte die spanische Regierung jedoch

nicht daran, sich während der gesamten finanziellen Verhandlungen für die Abschaffung des britischen Beitragsrabattes einzusetzen.

Die ähnliche Haltung der spanischen und britischen Regierung führte im Ergebnis zu einer Kooperation im Rahmen der Union für eine Arbeitsmarktpolitik, die liberalisierende Maßnahmen gegenüber einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik verteidigt (Steuer-Abbau). Nach einem inoffiziellen Treffen zwischen Aznar und Blair im April 1999 entstand ein gemeinsamer spanisch-britischer Vorschlag: die Einberufung eines außerordentlichen Europäischen Rates während der portugiesischen Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2000. Dort sollte eine Debatte über die zukünftigen Richtlinien der Arbeitsmarktpolitik, der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Reform in Europa stattfinden.[14]

Die Regierung Aznar zeigte sich auch mit der neuen britischen Verteidigungspolitik für Europa sehr zufrieden. Blair versprach während des Gipfels in Pörtschach seine Unterstützung für die Fusion WEU-EU. Dies war von Spanien schon bei den Verhandlungen über den Vertrag von Amsterdam vorgeschlagen worden. Spanien unterstützt die Auflösung der WEU und die Neuentstehung einer europäischen Verteidigung im Rahmen der EU und in Zusammenarbeit mit der NATO.[15]

Die Einigkeit zwischen Spanien und Großbritannien konnte jedoch nicht zur Lösung des Gibraltarproblems beitragen. Zu den üblicherweise von der spanischen Regierung angesprochenen Themen – wie dem undurchsichtigen Charakter von mehr als 50.000 Firmen, die von Gibraltar aus in dem angrenzenden Spanien operieren oder der Schmuggel – kam am Jahresende 1998 ein weiterer Aspekt: die Bestrafung und die Kaperung von spanischen Fischerbooten durch von Gibraltar aus operierenden britischen Patrouillenbooten. Das Thema landete in Brüssel, wo die britische Regierung bezüglich der Nicht-Einhaltung der zivilen Luftfahrt-Konvention der EU-Staaten durch Spanien klagte, denn die spanische Regierung entschied sich für eine harte Grenzkontrolle zwischen Spanien und Gibraltar als Antwort auf die Fischerboot-Krise. Da Großbritannien nicht zu den Unterzeichnerstaaten des Schengen-Abkommens gehört, entschied die Kommission, daß Spanien die europäische Gesetzgebung nicht verletze, da Gibraltar einen Außengrenzencharakter habe. Im Februar 1999 blockierte Spanien erneut die Verabschiedung einer Richtlinie zur Festlegung eines gemeinschaftlichen Verfahrens, um die Flugverkehrssicherheit von dritten Ländern in Europa zu kontrollieren und zu gewährleisten. Das Thema bleibt somit auch 1999 auf der Agenda der beiden betroffenen Staaten.[16]

Kritik am Rücktritt der Kommission und der Erweiterungspolitik der EU

Da der sozialistische spanische Kommissar Manuel Marín einer der ersten durch die Politik des Europäischen Parlaments angeprangerten Politiker war, wurde die Krise der Kommission in Spanien intern verschlüsselt. In der Presse wurde anfänglich die Rolle der Europarlamentarier der Partido Popular hervorgehoben. Die Präsenz der spanischen Regierung in dieser Sache war sehr schwach bis zu dem Zeitpunkt, wo man erkannte, daß der Rücktritt von manchen oder allen Kommis-

saren die Verhandlungen über die Agenda 2000 in Gefahr bringen könnte. Die spanische Regierung interpretierte die Krise der Kommission im Sinne Maríns. Dieser behauptete, daß sich Deutschland und andere Nordländer um eine zukünftige Kommission bemühten, deren Ausrichtung dem Süden weniger Solidarität entgegenbringen würde. Diese Betrachtungsweise erklärt den Wunsch der spanischen Regierung, daß die Kommission, trotz Rücktritt, ihre Arbeit bis Ende 1999 fortführen sollte.[17] Aznar und sein Außenminister hatten dementsprechend in Berlin keine große Eile damit, einen Nachfolger für Santer zu bestimmen.[18] Die Neubesetzung der Kommission wirkte sich auch auf innenpolitischer Ebene aus. Die sozialistische Partei warf der Regierung vor, sie hätte Javier Solana, der bis Dezember 1999 Generalsekretär der NATO bleibt, nicht als zukünftigen Präsidenten der Kommission favorisiert.

Hinsichtlich der Osterweiterung der EU nimmt Spanien eine unveränderte Haltung im doppelten Sinne ein. Zwar betont Spanien die Notwendigkeit einer Erweiterung, insistiert zugleich aber darauf, daß diese nicht auf Kosten der ärmeren Länder stattfinden darf. In den Verhandlungen über die Agenda 2000, bei denen die wirtschaftlichen Perspektiven der Union bis zum Jahr 2006 diskutiert wurden, forderte Aznar, sich nicht auf die Grenze von 1,27% des BIP für den Haushalt der EU festzulegen. Seiner Ansicht nach war dies für die Finanzierung der Kohäsion- und Strukturfonds sowie der Osterweiterung der EU zu gering kalkuliert. So kann man den Vorschlag Aznars im Verlauf des Europäischen Rates in Wien verstehen, wo er sich gegen die Beitrittshilfen für die mittelosteuropäischen Staaten gewandt hatte.[19] Der spanische Wunsch nach einer Erhöhung der Beitragszahlungen der Nettozahler der EU, um die Osterweiterung zu finanzieren, wurde nicht berücksichtigt. Deshalb wurde dann die Berliner „Schlacht" um die Osterweiterung aus spanischer Sicht verloren.

Transatlantische Solidarität gegenüber dem Irak und im Kosovo-Konflikt

Die Einbindung der spanischen Politik in das transatlantische Beziehungsgeflecht konsolidierte sich während des ersten Halbjahres 1999. Der Eingliederungsprozeß Spaniens in die militärische Struktur der NATO, der bereits bei dem Atlantischen Rat in Madrid im Juni 1999 verkündet worden war, endete durch die Ingangsetzung des für diese Struktur gedachten Austattungsplanes. Dies bedeutete die Aktivierung eines NATO-Kommandos auf spanischem Gebiet, in Retamares (Madrid). Spanien wird, nach den USA, Deutschland, Großbritannien und Italien das fünfte Land in dieser militärischen Struktur.

Die Regierung Aznars entwickelt damit ein Profil absoluter Solidarität gegenüber den USA. Deutlich wurde dies in ihrer Erklärung während der Bombenangriffe auf den Irak im Dezember 1998 durch US-Flugzeuge, wo Spanien die „Solidarität mit seinen Alliierten"[20] ausgesprochen hatte. Dabei erlaubte Spanien den USA, alle Stützpunkte auf spanischem Gebiet zu benutzen. Eine Solidargemeinschaft entstand zwischen den USA, Großbritannien und Spanien auch deshalb, weil Paris und Bonn diese Bombenangriffe „bedauerten". Diese Einstellung brachte der Regierung

harte Kritik von Seiten des spanischen Parlamentes ein. Kurz nach den Bombenangriffen beklagten auch spanische Geschäftsleute die negativen Auswirkungen, die dieses Verhalten für die Investitionen im Irak bedeutet hätten.[21]

In Fall des Kosovo befand sich Spanien im Einklang mit den anderen EU-Mitgliedstaaten. Anfänglich betonte das spanische Außenministerium die Notwendigkeit eines Entschlusses von Seiten des UNO-Sicherheitsrates, um jeglichen Militäraktionen zustimmen zu können. Diese Einstellung änderte sich ab dem Zeitpunkt, ab dem die NATO offiziell um militärische Unterstützung bei ihren Mitgliedern bat. Spanien stellte Transportflugzeuge, F-18-Kampfflugzeuge und den Zugang zu militärischen Stützpunkten für die NATO bereit. Hierfür erhielt die spanische Regierung die fast völlige Unterstützung der öffentlichen Meinung und der politischen Kräfte des Landes. (z.B. 90% des Parlamentes), obwohl teilweise der Mangel am Informationen bezüglich des Konfliktes besonders im Parlament beklagt worden ist. Die Izquierda Unida war die einzige Partei, die die spanische Politik in diesem Zusammenhang in allen ihren Einzelheiten kritisierte. Sie erinnerte an den Beschluß des spanischen Parlamentes von 1995, dementsprechend die Teilnahme Spaniens an militärischen Interventionen abhängig von einem vorher erfolgten Beschluß des UNO-Sicherheitsrates ist.

Wechselhafte Beziehungen zu Lateinamerika

Das Verhältnis Spaniens zu Lateinamerika ist aus unterschiedlichen Gründen bemerkenswert. In bezug auf Kuba wurde nach einigen Treffen der Außenminister die Normalisierung der Beziehungen verkündet; der Premierminister selbst annoncierte eine Besuchsreise des spanischen Königspaars nach Kuba für den Frühling 1999. Die Verurteilung von vier kubanischen Dissidenten im März 1999 bewegte Aznar jedoch dazu, diese sehr symbolträchtige Reise vorläufig abzusagen. Die Vertagung des Besuches auf einen Zeitpunkt unmittelbar vor dem lateinamerikanischen Gipfel in Havanna in November 1999 soll nun offensichtlich dazu dienen, Fidel Castro unter Druck zu setzten.

Obwohl die spanische Regierung in Lateinamerika punktuell gute Ergebnisse erzielen konnte, wie z.B. durch die Gründung eines permanenten Sekretariates für lateinamerikanische Gipfel in Spanien, oder die spanischen Vermittlungsbemühungen für einen dauerhaften Frieden in Kolumbien, erhielten sie mit der Verhaftung von Augusto Pinochet in London aufgrund der Anordnung eines spanischen Richters erneut einen Dämpfer. Man befürchtete nicht nur die politischen oder juristischen Folgen, sondern auch wirtschaftliche Nachteile. Chile ist einer der besten Kunden Spaniens auf dem Gebiet der militärischen Rüstung. Während manche demokratische Kreise Spanien aufgrund der engen Verbindungen zu Lateinamerika als Kolonialmacht bezeichnet haben, reagierte das spanische Volk andererseits unerwartet hilfsbereit als der Orkan „Mitch" im November 1998 weite Teile Mittelamerikas verwüstet hatte. Eine derartige Solidarität mit Katastrophenopfern hatte Spanien bis dahin noch nie erlebt.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Luisa Morillas Perez, freie Übersetzerin, München

1 Parlamentarische Intervention von José Maria Aznar, Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados 1998, S. 8350.
2 Parlamentarische Intervention von Costa Costa, Diario de Sesiones del Congreso del Pleno 1999, S. 11289.
3 Parlamentarische Intervention von Josep Borrell, Diario de Sesiones de los Diputados 1998, S. 11022.
4 Diario de Sesiones,Nr.157,op. Zit., S. 8358.
5 Parlamentarische Intervention von Josep Borrell, Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados 1998 , S. 11025.
6 „Rodrigo Rato bestätigt, daß er die Reform der EU blockieren wird, um die Kohäsionspolitik zu verteidigen", in: El País v. 28.11.1998.
7 „Aznar prophezeit das Ende der Europäischen Union, falls die Kohäsionsfonds in Frage gestellt werden", in: La Vanguardia v. 1.12.1998.
8 „Aznar stellt sich in die Mitte bei der Debatte über Haushaltskürzung", in: El País v. 26.3.1999.
9 „Spanien lehnt ab, daß die Asylanten auf die 15 Länder verteilt werden.", in: El País v.30.10.1998.
10 „Rodrigo Rato bestätigt", a.a.O.
11 „Aznar beschuldigt Schröder, die Verhandlung über Kohäsionsfonds zu verzögern", in: La Vanguardia v. 3.2.1999.
12 „Romano Prodi, neuer Präsident der Europäischen Kommission. Deutschand ändert schlagartig die Agenda des Gipfels und überrumpelt damit José Maria Aznar", in: El País v. 25.3.1999.
13 „José Maria Aznar bittet Brüssel um Unterstützung, um die Isolierung in der EU aufzulösen", in: El País v. 25.3.1999.
14 „Aznar und Blair schlagen ein Gipfel der EU vor, um eine wirtschaftliche Reform voranzutreiben", in: El País v. 11.4.1999.
15 „Madrid unterstützt den britischen Wechsel zur Europaverteidigung", in: El País v. 8.12.1998.
16 „Matutes und Cook erreichen keine Annäherung im Gibraltar-Konflikt", in: La Vanguardia v. 22.2.1999.
17 „Spanien möchte, daß die Kommission bis Ende des Jahres ihre Funktionen behält", in: El País v. 17.03.1999.
18 „Matutes bestätigt, daß Spanien die Kandidatur von Solana zum Präsidenten der Europäischen Kommission nicht ausschließt.", in: La Vanguardia v. 23.3.1999.
19 „Portugal und Griechenland verteidigten die Interessen des Süden Europas in Wien.", in: El País v.16.12.1998.
20 „Spanien bezeichnet den Eingriff als „notwendig", während Frankreich und Deutschland dies bedauern.", in: El País v.17.12.1998.
21 „Irak bestraft die spanischen Unternehmen wegen der Unterstützung der Bombenangriffe.", in: El País v. 17.1.1999.

Weiterführende Literatur

Barbé, Esther: Spanish security policy and the Mediterranean question, in: K.A. Eliassen (Hrsg.): Foreign and Security Policy of the European Union, London 1998.

Escobar, Hernández, C. (Hrsg.): Extranjería e Inmigración en España y la Unión Europea, Madrid 1998.

Fundación, Repso´(Hrsg.): Relaciones entre Marruecos, la Unión Europea y España, Madrid l998.

Gillespie, Richard: Spain and the Mediterranean. Developing a European policy towards the South, London 1999.

Guirao, Fernando: Spain and the reconstruction of Western Europe, 1945-57, London 1998.

Moreno, Juste´ A.: España y el proceso de construcción europea, Barcelona 1998.

Stavridis, Stelios; Theodore Couloumbis; Thanos Veremis; Neville Waites (Hrsg.): The foreign policies of the EU's Mediterranean states and applicant countries in the 1990's, London 1999.